

Berlin, 04. März 2021
zyk/bü



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Kommunale Arbeitgeber auf Konfliktkurs: Auszahlung der Tariferhöhung verweigert – Behle: „Arbeitgeber müssen Wort halten“

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) auf, sich an getroffene Absprachen und Verträge zu halten und die Tariferhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen fristgemäß zum 1. April 2021 aus-
5 auszahlen. „Geschlossene Verträge gelten. Die öffentlichen Arbeitgeber verlieren ihre Glaubwürdigkeit als seriöse Verhandlungspartner, wenn sie kurz vor dem erfolgreichen Abschluss der Redaktionsverhandlungen zum TVöD mit Drohungen agieren“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende
10 **Christine Behle** am Donnerstag: „Das haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, von denen viele bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie in der ersten Reihe stehen, nicht verdient!“

Behle bezeichnete die aktuelle Eskalation seitens der kommunalen Arbeitgeber als völlig unverständlich. Im Rahmen der Redaktionsverhandlungen
15 seien bis auf die ergänzende Vereinbarung zum Fahrradleasing alle strittigen Punkte geeint. Und auch zum Thema Jobrad sei eigentlich verabredet, losgelöst vom erfolgreichen Abschluss der Redaktionsverhandlungen zuerst offene steuerliche Fragen zu klären, um dann zu einer Lösung zu kommen. „Die Regelungen zum Fahrradleasing jetzt zur Vorbedingung für den
20 Abschluss der Redaktionsverhandlungen zu machen, ist völlig absurd. Wir fordern die Arbeitgeber auf: Halten Sie Wort und zahlen Sie die Erhöhung fristgemäß aus“, appellierte Behle.

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Jan Jurczyk
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de